

Das wollen wir: Orientierungspunkte zur Kommunalwahl 2025

Am 14. September 2025 finden Kommunalwahlen statt. Die Kölner Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, einen neuen Rat und eine/n neue/n Oberbürgermeister*in für die Periode 2025 bis 2030 zu wählen.

Das BKN stellt Orientierungspunkte zur Kommunalwahl vor, damit die interessierte Öffentlichkeit sich ihr eigenes Urteil über die politischen Schwerpunkte der nächsten Wahlperiode bilden kann.

Die Orientierungspunkte basieren auf den „[Impulsen für die nachhaltige Transformation Kölns](#)“ des BKN, wobei die Autor*innen der „Kölner Impulse“ auch hier maßgeblich an der textlichen Gestaltung mitgewirkt haben.¹

Das Bündnis Kommunale Nachhaltigkeit (BKN) versteht sich als „Lobby“ für Nachhaltige Entwicklung in der Stadt Köln. Wir wollen eine Nachhaltigkeitskultur in Köln etablieren, setzen uns ein für mehr Nachhaltigkeit bei Wohnen und Mobilität, Gesundheit und sozialer Gerechtigkeit, Klima und Energie, für Gleichstellung von Frauen und Männern und für die Mitwirkung von Bürger*innen.

Das sind die Orientierungspunkte des BKN zur Kommunalwahl 2025:

1. Für Weltoffenheit und Vielfalt – gegen Rassismus und Intoleranz

Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz gehören zum Selbstverständnis Kölns. Für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und die Ausgrenzung von Minderheiten ist in dieser Stadt kein Platz. Wir stellen uns als Zivilgesellschaft aktiv gegen die wachsende Bedrohung unserer Demokratie und für eine klimaneutrale und nachhaltige Zukunft.

2. Nachhaltigkeits- und Stadtstrategie

Auf „eine zukunftsgerichtete, strategische und nachhaltige Stadtentwicklung“ sind die Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ und der Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Köln ausgerichtet. Auf diese Weise verfügt die Stadt Köln über einen „Kompass, der uns als Nachhaltigkeitsstrategie durch die bestehenden und anstehenden Herausforderungen navigiert.“ (OB Henriette Reker)

Das wollen wir:

Nachhaltigkeitsindikatoren, Nachhaltigkeitsberichterstattung und regelmäßiges Monitoring sollen zu einem festen Regelwerk der Stadtverwaltung Köln werden. In jedem Dezernat müssen für das Nachhaltigkeitsmonitoring entsprechende Kapazitäten zur Verfügung stehen. Für die Verwaltung soll eine zentrale Steuerungsgruppe eingerichtet werden. In regelmäßigen Abständen wird das Verfahren auf Funktionalität und Effizienz überprüft. Für das Nachhaltigkeitsmanagement werden Mittel im Haushalt eingestellt. In einem Beirat sollen die nächsten Schritte unter maßgeblicher Mitwirkung der Zivilgesellschaft entwickelt werden.

3. Auskömmliche Finanzierung

Die Finanzierung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit muss nachhaltig, auskömmlich und kontinuierlich gesichert sein. Dies gilt einerseits für die vom Rat beschlossenen Maßnahmenprogramme, aber zugleich für die Netzwerke, Aktivitäten und Arbeitsstrukturen der Zivilgesellschaft. Dabei ist eine Kombination aus Projektförderung und Unterstützung der Arbeitsstrukturen angebracht.

4. Armut bekämpfen

Die Bekämpfung von Armut gilt als SDG-Ziel 1 und ist eine der Säulen einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie. Menschen mit niedrigem Einkommen haben einen deutlich geringeren ökologischen Fußabdruck als Gutverdiener und eine bis zu 10 Jahre geringere Lebenserwartung. Sie leiden aber gleichzeitig unter vergleichsweise hohen Belastungen. Sie dürfen nicht zu Verlierern der Transformation werden.

Angesichts von 24 % armutsgefährdeter Menschen muss sich die Kölner Kommunalpolitik klar zur Armutsbekämpfung bekennen: Beispiele sind Problemfelder in ärmeren Stadtteilen wie die niedrigere Versorgungsquote bei der U3-Betreuung, Ganztags-Plätze, ausreichende Plätze an Ausbildungsvorbereitung, Sprachförderung und internationalen Förderklassen oder bei der Gesundheitsversorgung. Das städtische Konzept zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit muss mit den dafür erforderlichen Finanzmitteln ausgestattet werden.²



5. Gesundheit für alle

Ausgehend von dem des UN-Nachhaltigkeitsziel SDG 3 muss Gesundheit als städtische Querschnittsaufgabe nach dem Prinzip *health in all policies* verstanden werden. Die nachhaltige Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden aller Menschen in Köln erfordert also eine politische Strategie, die Gesundheit und deren soziale Determinanten in allen Politikfeldern berücksichtigt.



Unser Ziel ist, gemeinwohlorientierte, multiprofessionelle Stadtteilgesundheitszentren (SGZ), die in freigemeinnütziger oder kommunaler Trägerschaft geführt werden, einzurichten.

Ein besonderer Fokus liegt auf benachteiligte Familien, Kinder und Jugendliche. Menschen aus benachteiligten sozialen Lebenslagen leiden häufig an den Folgen ihrer materiellen Armut. Dies zeigt sich z.B. durch geringere soziale Teilhabe und fehlende soziale Ressourcen. Gerade bei Kindern und Jugendlichen führen diese Lebenslagen zu geringeren Teilhabechancen in Bereichen wie Gesundheit oder Bildung.³

6. Bildung für nachhaltige Entwicklung – Weltbürger*innen werden

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) soll Kinder und Jugendliche befähigen, selbstverantwortlich und gemeinschaftlich die verschiedenen Bereiche gesellschaftlichen Zusammenlebens hin zu einer nachhaltigen Entwicklung verändern zu können. Damit sollen Menschen sich als Weltbürgerinnen bzw. Weltbürger empfinden und die eigenen Möglichkeiten wahrnehmen, sich lokal und global für eine nachhaltigere Welt zu engagieren.



Das sind unsere Ziele:

- Alle Kinder und Jugendlichen profitieren von Bildung für nachhaltige Entwicklung in ihrem ganzen Schulleben.

- Schulen und Kitas, sowie Jugendzentren und andere Akteure erhalten Zugang zu kostenfreien außerschulischen Angeboten. Viele Orte in der Stadt sollen zu potenziellen BNE-Orten werden, wo Themen der BNE im öffentlichen und nichtöffentlichen Raum bearbeitet werden. Ziel ist es, lange Wartezeiten zu vermeiden.
- Ein Förderprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ soll ins Leben gerufen werden, über das Kitas, Schulen und andere Bildungseinrichtungen kleinere Projekte finanzieren können. Zusätzlich bedarf es einer institutionellen Förderung von Einrichtungen mit BNE-Profil.
- Eine online Plattform, auf der sich die BNE-Akteure präsentieren können, und über die Kitas, Schulen und andere Bildungseinrichtungen passende BNE-Partner finden können.⁴

7. Für eine tatsächliche Gleichstellung

Hierzulande sind Frauen und Männer schon rechtlich gleichberechtigt. Aber es gibt einen erheblichen Unterschied zwischen der Gleichberechtigung auf dem Papier und der tatsächlichen Gleichstellung insbesondere bei Löhnen und Gehältern, Vermögen und Renten. Daher ist das fünfte UN-Nachhaltigkeitsziel (SDG 5) „Gender Equality“ auch für unser Land relevant, denn Jahrhunderte alte, zumeist unhinterfragte Haltungen sind noch lange nicht überwunden.



Das wollen wir:

- Der Rat der Stadt Köln bekennt sich mit seinen Ausschüssen zu Gender Mainstreaming.
- Politik und Verwaltung erkennen die verbindlich verankerte Querschnittsfunktion der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten an und handeln entsprechend.
- Die Beschlüsse zu Gender Mainstreaming, Gender Budgeting und Gender Planning werden konsequent umgesetzt.⁵

8. Klima und Energie

Die Stadt Köln und die RheinEnergie AG wollen bis 2035 klimaneutral werden. Dieses Ziel begrüßen wir ausdrücklich. Aber wie genau kann und soll dieses Ziel bei der Wärmeversorgung umgesetzt werden?



Das wollen wir:

grüne Fernwärme bis 2035

- Noch bis heute erzeugt die RheinEnergie die Wärme für das Fernwärmenetz fast vollständig in großen Heizkraftwerken mit fossilem Erdgas. Zu begrüßen ist, dass RheinEnergie im Niehler Hafen bis 2026 Europas größte Flusswärmepumpe errichten wird, was aber bei Weitem nicht ausreicht. Wir fordern einen soliden, detaillierten Fahrplan für die vollständige Dekarbonisierung der Fernwärme, der im Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün vorgelegt und zur Diskussion gestellt wird.



Einrichtung eines „Treffpunkt Wärme“

- Das Thema Wärmewende und Heizungswechsel ist in aller Munde. Doch was ist zu tun, wenn die Heizung kaputt geht? Wie können wir nicht nur klimaneutral, sondern auch effizient und kostengünstig unsere Wärme erzeugen? Wir empfehlen die Einrichtung einer unabhängigen Beratungsstelle für den Heizungswechsel, in der z.B. über die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten von Wärmepumpen informiert werden sollte. Außerdem sollen dort Kontakte zu qualifizierten Energieberater*innen und

Heizungsinstallateur*innen angeboten und die finanzielle Fördermöglichkeiten aufgezeigt werden.

kommunale Unternehmen „klimafit“ machen

- Die Stadt Köln hat zahlreiche kommunale Unternehmen, die teilweise erhebliche CO₂-Emissionen verursachen. Deshalb fordern wir die jährliche Veröffentlichung von Treibhausgasbilanzierungen aller relevanter kommunalen Unternehmen, sowie die Erarbeitung und Veröffentlichung von Fahrplänen, wie diese die Klimaneutralität bis 2035 erreichen sollen.

Fahrplan für Gasausstieg bis 2035

- Die kommunale Wärmeplanung zeigt auf, welche klimaneutrale und kostengünstige Wärmeversorgung am Besten in den jeweiligen Gebieten geeignet ist. Das wird zur Folge haben, dass in den äußeren Stadtgebieten immer mehr Wärmepumpen errichtet werden und im dicht bebauten Innenstadtbereich immer mehr Häuser an die Fernwärme angeschlossen werden. Außerdem werden im Kölner Stadtgebiet die Gas-Verteilnetz-Konzessionen in 2033 und 2035 auslaufen.

Wir empfehlen daher noch in 2025 mit der öffentlichen Debatte über den „Gasausstieg“ zu beginnen. In 2026 sollte ein Fahrplan erarbeitet werden, wie wir in Köln straßenweise das Gas-Verteilnetz stilllegen wollen und wie wir mit den Kosten für den Betrieb des Gas-Verteilnetzes umgehen wollen.

Transparente Kommunikation der Wärmewende

- Transparente Kommunikation und bürgernahe Vermittlung der Zielszenarien der Kommunalen Wärmeplanung sind wichtig für die Unterstützung der Wärmewende. Wir fordern deshalb eine eigene Website und Bürgerdialoge in Quartieren zur Kommunikation der Zielszenarien.⁶

9. Mehr preiswerter Wohnungsbau und nachhaltige Bodenpolitik

Zwischen dem dringenden Bedarf nach ausreichendem, preiswertem Wohnraum, und den Anforderungen von Klimaschutz und geringem Flächenverbrauch hat Köln bisher keine nachhaltige und zukunftsfeste Antwort gefunden.

In der letzten Ratsperiode gab es eine große Kluft zwischen dem Bekenntnis zu bezahlbarem Wohnraum und dem Handeln. Das muss sich sofort ändern! Der Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung muss für alle sichergestellt werden. (SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“)



Das wollen wir:

- Das Förderprogramm für kommunalen Wohnungsbau muss verstärkt werden. Als Ziel bleibt, insgesamt 6.000 Wohnungen pro Jahr zu bauen, davon 2.000 Sozialwohnungen.⁷
- Die aus Landesmitteln geförderte Verlängerung der Sozialbindung von öffentlich geförderten Wohnungen muss im Sinne der Mieter verstärkt genutzt werden.
- Eine kommunale Baugesellschaft, die im Sinne des Gemeinwohls agiert, soll aufgebaut werden.
- Größere Neubauplanungen mit hohem Flächenverbrauch wird es derzeit nur noch für die schon fest geplanten Projekte geben. Ein großes Potential im Wohnbestand hat Nachverdichtung mit Aufstockungen wie Dachgeschossausbau, Überbauung von Parkflächen und Baulückenschließung.⁸

Boden ist Gemeingut

Wie Städte aussehen, wie Vermögen verteilt wird und was an persönlicher Freiheit und Teilhabe möglich ist, wird vor allem durch die Kontrolle über den Boden bestimmt. Als begrenztes Gut ist Boden auch immer Gemeingut. Wer über ihn verfügt, bestimmt wesentlich, was und wie gebaut wird.

Im Kern braucht es:

- Rat und Verwaltung, die das Thema Boden in seiner Tragweite im Sinne einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie umsetzt. Es gibt genügend Beispiele, sogar in konservativ regierten Städten, die mit Baulandbeschlüssen, Vorkaufsrechten und Zwischenerwerb durch die Kommunen für mehr sozialen Ausgleich sorgen.
- Die systematische Ausübung von Vorkaufsrechten mit einer Strategie der Preisdämpfung
- die Stärkung neuer, gemeinwohlorientierter Akteure, sei es als junge Genossenschaft, Verein oder Stiftung, sofern sie gewisse Ziele verbindlich verankert haben. Das ist ein Schlüsselbaustein. Junge Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Rechtsformen sind die Innovationstreiber, die neue Ideen ausprobieren und deren Vorbilder auf traditionelle Bauträger abfärben. In etlichen Städten ist das bewiesen, gutes Nachahmen würde reichen.
- Die Unterstützung einer zivilgesellschaftlichen Stadtbodenstiftung als innovative zweite Kraft in der Bodenfrage. Die Integration von Anwohnenden, Nutzenden und Expert*innen bietet Grundlage für eine langfristige, kostengünstige und sozial-innovative Nutzung. Diese ist mit initialem Grundvermögen und der Andienung von Grundstücken z.B. aus Vorkaufsrechten zu stärken. Das Modell des Community-Landtrusts, das z.B. in der Stadtbodenstiftung Berlin auch in Deutschland Entsprechungen hat, gilt hierbei als Blaupause.
- eine Einbeziehung der Potenziale, die in städtischen Beteiligungen vor allem der Stadtwerke schlummern, wie der Hafengesellschaft, die z.B. ihre Grundstücke im Deutzer Hafen über die Moderne Stadt entwickelt, oder die Rheinenergie, der immer noch ein Teil des Max-Becker-Areals gehört.⁹

10. Kölner Verkehrswende jetzt!

Die Herausforderungen für eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Mobilität sind groß, angesichts des hohen Anteils des Verkehrssektors an der CO₂-Belastung. Grundsätzlich besteht deshalb weitgehend Übereinstimmung, den Verkehrssektor umwelt- und stadtverträglich umzubauen. Über das „Wie“ gehen die Meinungen allerdings stark auseinander: Den einen geht die Mobilitätswende nicht schnell genug, andere wollen sie nicht so schnell und weniger radikal.¹⁰

Das wollen wir:

- Den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ausbauen; alle größeren Siedlungsbereiche an das schienengebundene ÖPNV-Netz anschließen
- Die KVB muss kundenfreundlicher werden. Infrastruktur und Barrierefreiheit sind stark verbesserungsbedürftig; dies betrifft Aufzüge, Rolltreppen, Bahnsteighöhen und Informationsdienste.
- Fußgängerfreundliches Köln: Sicherung der Gehwegbreite, mehr Bänke zum Ausruhen, bessere Überquerungsmöglichkeiten
- Fahrradstadt Köln: durchgehendes Radwegenetz im ganzen Stadtgebiet, ergänzt um Pendler- und Freizeitstrecken ins Umland, verbindlicher Zeitplan für Investitionen



- Autofreie Bereiche in der Innenstadt und in den Veedeln schaffen, Tempo 30 auf allen Straßen, Rückbau der Parkplatzflächen, kein Parken auf Gehwegen

11. Nachhaltig Konsumieren - Für Ernährungswende in Köln

Wie sich Konsumentinnen und Konsumenten in Köln entscheiden, hat Auswirkungen auf die Menschen, die Lebensmittel vor Ort und weltweit produzieren und verarbeiten.

Entscheiden wir uns für einen fairen Handel, bei dem die Vorteile gut und gerecht verteilt sind? Oder für Produkte, bei deren Transport nach Köln viele Treibhausgase emittiert werden oder die aufwendig verpackt sind und viel Plastikmüll entsteht?

Um all diesen Fragen Rechnung zu tragen, hat der Kölner Ernährungsrat eine **Ernährungsstrategie für Köln und Umgebung** erstellt.



Bezogen auf die Ernährung von Kindern und Jugendlichen sind die wichtigsten Ziele:

- dass in Kitas und Schulen regionale, ökologische Angebote verfügbar und für die Kinder und Jugendlichen zugänglich sind, ähnlich wie heute schon vegetarische Gerichte.
- dass die Schul- und Kitaverpflegung mit praktischer Ernährungsbildung verbunden wird. Dies kann über Mitwirkung an der Organisation, Beschaffung und Zubereitung und mit Schulgärten und Schulküchen geschehen.
- Kostenloses Mittagessen für Schulkinder aus benachteiligten Familien hat eine zentrale Bedeutung für eine soziale und gerechte Stadt, zugleich muss das Mittagessen auch für alle SchülerInnen erschwinglich bleiben.¹¹

12. Natürliche Ressourcen schützen

Stabile Ökosysteme zeichnen sich durch eine hohe Biodiversität aus. Zur Biodiversität kann auch unsere Stadtgesellschaft einen Beitrag leisten, auch Siedlungsgebiete sind Lebensräume für viele Pflanzen und Tiere, wenn wir ihnen Entwicklungsmöglichkeiten einräumen.



Zum Natur- und Umweltschutz gehört deshalb die Vermittlung des Wissens um die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen und die Bedeutung von globalen Kreislaufsystemen. Es gilt, das Bewusstsein dafür zu stärken, dass wir nicht weiterhin so viele Ressourcen verbrauchen dürfen, für die wir drei Welten zur Verfügung haben müssten.

Das sind unsere Ziele:

- Bei der Erstellung von Bebauungsplänen müssen vorhandene Biotope vollumfänglich in ihrer Bedeutung bei erforderlichen Abwägungen berücksichtigt werden.
- Die Grünpflege ausbauen und verbessern, um den Erhalt und die fachmännische Pflege von kleineren Biotopflächen zu ermöglichen.
- Langfristige Programme für die Entwicklung und Herstellung von naturnahen Hausgärten und Balkonen durchführen.
- Die ökologische Landwirtschaft ist zu fördern. Der Einsatz von Pflanzenschutzmittel muss minimiert werden. Für städtische Pachtflächen müssen hohe ökologische Anforderungen gelten, z.B. was den Pestizideinsatz angeht.

- Naturräume sollen nicht in Parks umgestaltet werden. Sie dienen bevorzugt zur „stillen Erholung“. Für intensive Nutzung durch Sport, aktive Erholung und Unterhaltung sind gesonderte Flächen im Innenbereich vorzusehen.¹²

13. Transformation durch Partizipation

Zwei Drittel der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele sind nur unter Beteiligung kommunaler Akteure zu erreichen. Hierbei ist wiederum „die Einbeziehung und gemeinsames Handeln mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie weiteren Akteurinnen und Akteuren der [kommunalen] Gesellschaft und die Unterstützung privater Initiativen wichtig.“¹³



So nennt das siebzehnte SDG-Ziel ausdrücklich für die kommunale Ebene, dass „wirksame öffentliche, öffentlich-private und zivilgesellschaftliche Partnerschaften“ gebildet werden sollten.

Die vom Rat der Stadt Köln beschlossenen Leitlinien zur Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung sehen vor, dass bis zum Ende dieser Ratsperiode (2025) Planungen und Beschlüsse in allen Bereichen der Kommunalpolitik - sofern sinnvoll möglich – mit einer breiten Beteiligung der Betroffenen und Interessierten vorbereitet werden.

Eine solch systematische – auch aktivierende – Öffentlichkeitsbeteiligung wurde bei der Entwicklung der Kölner Klimaneutralitätsstrategie und bislang bei ihrer Umsetzung vermisst.

Dieses Defizit muss korrigiert werden!

Das kann durch einen öffentlichen Diskurs in der Art eines Akteursforums für die Transformation Kölns erfolgen oder mithilfe von themenbezogenen Bürgerräten zur nachhaltigen Transformation Kölns.¹⁴

Quellen

1. mehr in: *Bündnis Kommunale Nachhaltigkeit (BKN)*: „Impulse für die nachhaltige Transformation Kölns“, <https://bkn.koeln/2024/11/04/828/>
2. Stadt Köln: Integrierte, strategische Sozialplanung 2023 auf der Basis des 1. Kölner Lebenslagenberichts, Seiten 11, 14- 17, 19ff
3. Gesundheit für alle, in: Kölner Impulse, Seite 22-25
4. Bildung für nachhaltige Entwicklung – Weltbürger*innen werden, in: Kölner Impulse, Seite 56-60
5. Geschlechtersensibilität für eine tatsächliche Gleichstellung, in: Kölner Impulse, Seite 26-29
6. Auf dem Weg zur Klimaneutralität 2035, in: Kölner Impulse, Seite 44-49
7. Ein Beispiel für eine eigenständige kommunale Wohnraumförderung in Städten mit ähnlicher Ausgangslage wie Köln: <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Planen,-Bauen,-Wohnen/Stadterneuerung-Wohnraumförderung#>
8. Grundrecht auf bezahlbares Wohnen, in: Kölner Impulse, Seite 30-33
9. Bauen und Wohnen ist teuer, weil Boden teuer ist – auch ein hausgemachtes Problem, in: Kölner Impulse, Seite 16-21
10. Mobilitätswende in Köln, in: Kölner Impulse, Seite 50-53
11. Nachhaltig konsumieren – Impulse für eine kommunale Energiewende, in: Kölner Impulse, Seite 40-42; <https://www.ernaehrungsrat-koeln.de/ernaehrungsstrategie/>
12. Die Bedeutung der natürlichen Ressourcen Biodiversität und Wasser, in: Kölner Impulse, S. 34-37
13. *Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund*: Zwischenbilanz der kommunalen Spitzenverbände zur Halbzeit der Umsetzung der Agenda 2030, in: Peters, Oliver, Scheller, Hendrick, Ruddek, Amelie (DIFU): Halbzeitbilanz zur Umsetzung der Agenda 2030 in deutschen Kommunen mit Handlungsempfehlungen der kommunalen Spitzenverbände, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2023
14. Transformation durch Partizipation, in: Kölner Impulse, Seite 6-9

Mitwirkung bei der Texterstellung

Dr. Marita Alami, Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigung (AKF), FrauenForum KölnAgenda e.V.

Dr. Horst Bertram, NABU Stadtverband Köln e.V.

Gregor Bornes, gesundheitsladen köln e.V.

Dr. Ute Boronowsky, Klimawende Köln

Dr. Herbert Bretz, KölnAgenda e.V.

Dr. Susanne Brandner, SoliMed e.V.

Sascha Gajewski, Stadtraum 5und4 e.V.

Hans-Georg Kleinmann, VCD Regionalverband Köln e.V.

Tim Petzoldt, Klimawende Köln

Florian Sander, Ernährungsrat Köln Ernährungsrat für Köln und Umgebung e.V.

Alexa Schiefer, Querwaldein e.V.

Dieter Schöffmann, Kölner Freiwilligen Agentur e.V.

Herausgeber

Bündnis Kommunale Nachhaltigkeit Köln (BKN)

Ludwig Arentz

Nicole Bosquet

Herbert Bretz

Felix Engel

Ralph Herbertz

Jennifer Jendreizik

Dieter Schöffmann

V.i.S.d.P.

KölnAgenda e.V.

Melchiorstr.3

50670 Köln

www.bkn.koeln

info@bkn.koeln